



Antragsteller: CDU, SPD, AUB/SUB, B90/Die Grünen, CB/FDP, AfD

Antragsdatum:
25. April 2018

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathauspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	23.05.2018
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	30.05.2018
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

**Öffentlicher Dialog zur Situation in der kreisfreien Stadt Cottbus –
Aufforderungen an die Regierung des Landes Brandenburg zur
Unterstützung**

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Bürgerdialoge des Oberbürgermeisters und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und unterstützt deren Durchführung.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung die Forderung deutlich zu machen, dass die Migrationspauschale rückwirkend ab dem 01.04.2016 an die Stadt Cottbus gezahlt werden soll und nicht erst ab dem 01.01.2018.
3. Der Oberbürgermeister soll, mit Verweis auf den überdurchschnittlich gestiegenen Bedarf an Kita- und Schulplätzen, die Landesregierung auffordern, ein Investitionsprogramm für solche Einrichtungen aufzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung zu fordern, die Beibehaltung der Sicherheitspartnerschaft durch verstärkte Polizeipräsenz zu unterstützen und Gespräche zur Neuerrichtung einer City-Wache anzuregen.

H. Strese L. Kostrewa T. Kaps

H.-Joachim Weißflog

J. Maresch

M.Spring-Räumschüssel

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: **TOP:**

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**